

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/50

Bonn, den 12. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	20 Milliarden ! Nach der 100. Sitzung der Kultusminister-Konferenz Von Klaus Helfer	93
3 - 4	Für ein Europa der Völker Gewerkschaftskongreß der europäischen Verständigung Begegnung Brandt - Defferre Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	95
5	Hessen wurde zur neuen Heimat 26 Prozent der hessischen Bevölkerung sind Heimatvertriebene und Flüchtlinge Ihre Eingliederung ist nahezu abgeschlossen Von Frank Sommer, Frankfurt	40
6	Zwischenbilanz der NS-Prozesse Zu einem aufschlußreichen Buch	41

Chefredakteur Günter Markscheffel

20 Milliarden!

Nach der 100. Sitzung der Kultusminister-Konferenz
 Von Klaus Helfer

Am Tage nach der Kulturdebatte im Bundestag versammelten sich die Kultusminister der Länder zu ihrer 100. Plenarsitzung im alten Reichstagsgebäude in Berlin. Zumindest zwei von ihnen mögen noch unter den Eindruck jener sechs Stunden gestanden haben, deren Kritik an der kulturpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik sich nach den Worten des Abgeordneten Dr. Döhnans (CDU): "in der Substanz gegen die Konferenz der Kultusminister" gerichtet hatte. Gerade weil ihnen in Bonn wenig Freundliches gesagt wurde, waren die Kultusminister gut beraten, ihre Jubiläumssitzung weniger zum Anlaß selbstgefälliger Rückblicke auf das bisher immerhin Erreichte, als zum Auftakt neuer Anstrengungen werden zu lassen. Sie diskutierten die Probleme, die sich aus der Anpassung unseres Bildungswesens an die europäische Entwicklung ergeben, erörterten die Einführung des zehnten Schuljahres wie die Verkürzung der Ausbildungs- und Studienzeiten und unterschieden sich mit alledem vorteilhaft von jenen Sprechern der Bundestagsdebatte, die, wie etwa Franz-Josef Strauss, das Wort vom "Bildungsnotstand" als neue Propagandasache der Opposition zu verharmloser trachteten.

"Maßlose Forderungen"?

Die Kultusminister taten noch mehr. Sie sagten klipp und klar, daß es notwendig sei, die in der Hauptsache von den Ländern und Gemeinden getragenen Ausgaben für das Bildungswesen von jetzt 14 auf 20 Milliarden DM jährlich zu erhöhen. Diese Zahl mag denjenigen Sprechern der Bundestagsdebatte, die der SPD "maßlose Forderungen" vorwarfen, eine kalte Duschesein. Sie entspricht etwa unserem jetzigen Aufwand für die beiden großen Gebiete der sozialen Leistungen und der äußeren Sicherheit, der den Hauptanteil des Bundeshaushaltes ausmacht. Angesichts der großen Aufgaben im Bereich des Bildungswesens "deren Erfüllung" - mit den Worten Fritz Schäfers - "nicht nachholbar" ist, erscheinen sie durchaus realistisch. Bereits im vorigen Jahr schrieb Prof. E d d i n g in einer Berechnung des voraussichtlichen Bildungsaufwandes von 1960 - 1970:

- * "Man kann jetzt jährliche Ausgaben für Schulen und Hochschulen von 20 Milliarden DM und darüber als ein nahes Ziel erörtern, ohne sich damit dem Vorwurf der Utopie auszusetzen."

Diese Summe ist aber auch eine kalte Dusche für die Hoffnungen der Regierungspartei, sich durch eine Steuersenkung im Wahljahr verlorenene Sympathien zurückzugewinnen. Wer jetzt den Ländern die Steuereinnahmen beschneidet, die sie zur Erfüllung ihrer unaufschiebbaren kulturpolitischen Aufgaben benötigen, verliert nicht nur jedes moralische Recht, ihnen kulturpolitische Versäumnisse vorzuwerfen, er setzt sich außerdem dem Vorwurf aus, eine Verbesserung unseres Bildungswesens nicht ernstlich zu wollen.

Verantwortung im Bereich der Finanzpolitik des Bundes

So macht die von den Kultusministern angemeldete Forderung deutlich, auf welcher Ebene die Verantwortung liegt, die auch der Bundestag für die Lösung der kulturpolitischen Probleme unseres Landes zu

übernehmen hat; sie liegt nicht etwa darin, ein Gesetz über die Verkürzung der Dauer akademischer Studien zu formulieren, wie es Dr. Döckers beantragte. Wie wichtig dieses Problem ist - seine Lösung fällt in die Zuständigkeit der Landtage und wurde z.B. von den Fraktionen der SPD und FDP in Niedersachsen bereits auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Hauptverantwortung des Bundestages für die Zukunft unseres Bildungswesens liegt im Bereich der Finanzpolitik. Sie erfordert, daß finanzpolitische Entscheidungen nicht allein aus der Sicht des Bundeshaushaltes und schon gar nicht im wahlpolitischen Interesse der Bonner Regierungsmehrheit, sondern in erster Linie im Hinblick auf die Auswirkungen zu fällen sind, die sie für das Finanzaufkommen der Länder und Gemeinden haben. Nur so ist das Prioritätsproblem zu lösen. Die finanziellen Ansprüche der Kulturpolitik können im Bundeshaushalt nicht mit den anderen wichtiger Gemeinschaftsaufgaben konkurrieren, für die der Bund allein zuständig ist: Verteidigung, Soziales, Verkehr.

Bildungspolitik muß koordiniert werden

Bleibt das Problem der Koordinierung unserer Bildungspolitik, der eigentliche Gegenstand der Großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion. Die Debatte ergab, daß hier mehr getan werden muß als bisher, wenn die Vorstellungen über das WLB auch auseinandergehen. Von allen Seiten wurde offene oder versteckte Kritik an der Wirkungsweise der Kultusminister-Konferenz geübt. Diese Einmütigkeit würde aber mißverstanden, wenn man nicht in Rechnung stellte, daß die Kritik völlig disparaten Motiven entspringt: Diejenigen, denen es darauf ankommt, daß unsere Kulturpolitik den Herausforderungen der Zeit dynamisch begegnet, bemängeln die Schwerfälligkeit eines Systems, das unter dem Zwang zur Einmütigkeit aller Beteiligten steht und deshalb ein gemeinsames Vorgehen nur in kleinen Schritten erlaubt. Der anderen Seite ist selbst diese - immer stärker durch die Praxis der kulturpolitisch fortschrittlichen Ländern bestimmte - Gangart noch unheimlich.

Davon zeugt mit erfrischender Deutlichkeit ein Artikel Anton Böhm in der jüngsten Nummer der Monatshefte "Die Politische Meinung". Hier wird der Tatsache, daß die CDU bisher noch keine Vorstellungen für eine zeitgemäße Bildungspolitik entwickelt hat, die Schuld daran gegeben,

- * "daß der Verlauf der Kultusminister-Konferenzen eine starke Überlegenheit der sozialdemokratischen Teilnehmer hervortreten läßt"
- * und beklagt, daß "die Veränderungen, die sich bisher durchgesetzt haben, vorwiegend deutlich genug ihren Vorstellungen folgten."

Kun wäre es ein absurder Gedanke, daß sich die Mehrheit der CDU-Kultusminister irgendwelche "sozialdemokratischen" Vorstellungen zu eigen machte - etwa, weil die CDU in punkto bildungspolitischer Konzeption Fehlanzeige meldete. Was sich bisher an bildungspolitischen Entwicklungen durchgesetzt hat und was auf diesem Felde noch geschehen muß, folgt nichts anderem, als der wissenschaftlich gesicherten Erkenntnis der Notwendigkeiten, für die allerdings Sozialdemokraten wohl ein aufnahmefähigeres Organ haben.

* * *

Die wissenschaftliche Erkenntnis des Notwendigen zum Impuls einer zielstrebigen Bildungspolitik in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern werden zu lassen - das war der Sinn der sozialdemokratischen Interpellation im Bundestag. Die Aussprache am Vorabend ihrer Jubiläumssitzung sollte den Kultusministern klargemacht haben, mit wessen Hilfe sie bei der Planung wie der Finanzierung des Notwendigen rechnen dürfen.

+ + +

12. März 1964

Für ein Europa der Völker

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Brandt - Defferre

Willy Brandts Rede vor dem Europäischen Gewerkschaftskongress in Paris und seine Aussprache mit dem französischen Präsidentschaftskandidaten Gaston Defferre haben einen tiefen Eindruck auf die französische Öffentlichkeit gemacht. Die beiden Männer, der langjährige Bürgermeister von Marseille und der Regierungende Bürgermeister von Berlin, haben mehr als einen Berührungspunkt. Als Kandidaten für wichtige Ämter in den beiden Ländern sprachen sie vor allem über die deutsch-französischen Beziehungen. Selbstverständlich sind beide für die deutsch-französische Verständigung, aber nicht als Exklusivverhältnis, sondern eingebaut in die gesamteuropäische Vereinigung. Ebenso legen sie, zum Unterschied des Gaullismus, diesseits und jenseits des Rheins, größten Wert auf beste Beziehungen zu den USA.

Dennoch sind die Blickwinkel in Berlin und Marseille verschieden. Gaston Defferre steigt sozusagen am Mittelmeer auf und kämpft jetzt darum, im eigenen Land Boden zu gewinnen. Das Ringen um die Nachfolge in Elysée läßt sich mit dem demokratischen Kräftespiel in der Bundesrepublik nicht vergleichen. Man fühlt aber in diesen Tagen in Paris, daß die Zeit der alten Männer zu Ende ist und daß mit Willy Brandt und Gaston Defferre ein neuer staatsmännischer Stil beginnt, in direktem Kontakt mit der Wirklichkeit und mit der Öffentlichkeit.

Über den EWG-Rahmen hinaus

In dieser Zeichen stand auch die Versammlung der Europäischen Gewerkschaften der sechs Mitgliedstaaten der EWG. Sie stellte eine Reihe von Grundfragen, die nicht nur die Rolle der Berufsorganisationen im Europa der sechs betreffen, sondern über die eigentlichen gewerkschaftlichen Probleme und auch über den europäischen Rahmen weit hinausreichen.

Der relativ enge Rahmen der sechs Partner wurde nicht von den Gewerkschaften gesetzt, sondern ihnen aufgezwungen. Der Pariser März-Kongress bewies von neuem, daß die freien Gewerkschaften entschlossen sind, diesen Rahmen voll auszuschöpfen, aber sich ihm keineswegs unterwerfen wollen; sie werden weiterhin auf seine Erweiterung drängen. Besonders deutlich kam dies in dem großen politischen Referat Willy Brandts zum Ausdruck sowie in den Erklärungen des neugewählten Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftssekretariats, Ludwig Rosenberg.

Als erstes Ziel setzt man sich den Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Länder zur EWG und damit die enge Zusammenarbeit mit den Trade Unions, die diesmal auf dem Pariser Kongress als Gäste anwesend waren. Die freien Gewerkschaften richten ihre Blicke aber ebenso auf Osteuropa und die iberische Halbinsel, wo eine freie Gewerkschaftstätigkeit heute noch nicht möglich, die Hoffnung auf Wiederherstellung demokratischer Freiheit aber durchaus nicht begraben ist. Die Blickrichtung geht schließlich auf die Entwicklungsländer, wo die EWG mit Unterstützung der Gewerkschaften lebenswichtige Aufgaben zu erfüllen hat.

Demokratisierung der europäischen Einrichtungen

Voraussetzung für die Erweiterung der äusseren Grenzen der EWG ist nach Auffassung der Gewerkschaften die Festigung ihrer demokratischen Grundlagen, die Demokratisierung der europäischen Einrichtungen, die Mitbestimmung der Gewerkschaften und eine tatsächliche parlamentarische Kontrolle. Erstaunlicherweise wurden die freien Gewerkschaften, die eigentlichen Vorkämpfer der europäischen Einigung, bis jetzt nur teilweise zur Mitarbeit an den europäischen Einrichtungen herangezogen.

Nicht besser steht es um die parlamentarische Kontrolle. Die europäischen Einrichtungen verfügen heute über wachsende Macht, die nirgends kontrolliert wird; die nationalen Parlamente sind dazu technisch nicht in der Lage und das Strassburger Europaparlament ist ohne wirkliche Befugnisse. - Wenn diese Lücke in der Demokratie Westeuropas geschlossen werden soll, ist es höchste Zeit, die Strassburger Versammlung durch direkte Wahlen zu einem wirklichen Parlament zu machen und es mit entsprechenden Kontrollbefugnissen auszustatten. Die Demokratisierung Europas ist daher eine der wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften.

"Europäischer Gewerkschaftsbund"?

Die Gewerkschaften der sechs Mitgliedstaaten sind in den letzten Jahren durch ihre gemeinsamen Aktionen weitgehend zusammengewachsen, im Gegensatz zu den leider immer noch national begrenzten Regierungen. Das ist nicht verwunderlich. Die freien Gewerkschaften haben seit eh und je auf internationaler Ebene gehandelt und von Anfang an die Grundforderungen der Arbeitnehmers als internationale Forderungen gestellt und national zu verwirklichen gesucht. Für sie ist die übernationale Idee also nichts neues, sie haben sie schon vor dem ersten Weltkrieg verfochten, als solche Gedanken in offiziellen Kreisen noch als Utopie galten.

So ist es leider nicht verwunderlich, daß die aktiven Gewerkschafter der sechs EWG-Länder heute fast vergessen haben, daß sie verschiedener Nationalität sind. Sie konfrontieren die Probleme der einzelnen Länder, als ob sie in einem Gewerkschaftsbund ein und desselben Landes wären. Dennoch kann man heute noch nicht von einem "Europäischen Gewerkschaftsbund" sprechen, denn die Berufsorganisationen sind durch die verschiedenen Gesetze der einzelnen Länder gebunden. Es gibt beispielsweise noch keine gemeinsame europäische Sozialgesetzgebung. Auch auf anderen Gebieten steht man in dem Europa der Sechs trotz schöner Reden verantwortlicher Regierungsmänner erst am Anfang des Zusammenwachsens. Man muß also noch verschiedene Wege zu gleichen Zielen gehen.

Freie Gewerkschaften gegen "Eurokratie"

Aus der Fülle der Arbeit der vierten Generalversammlung der Freien Gewerkschaften der EWG entnimmt man, daß die Gewerkschaftsbewegung an einen Wendepunkt steht oder schon in eine neue Phase eingetreten ist. Am Anfang des europäischen Aufbaus hielt man auf gewerkschaftlicher Seite mit Kritik zurück, weil man die europäische Einigung grundsätzlich bejahte und nicht stören wollte. Man hat sich aber gezeigt, daß die Gewerkschaften auch und gerade in diesem neuen europäischen Rahmen auf die Durchsetzung grundsätzlicher demokratischer, sozialer und überhaupt menschlicher Forderungen drängen müssen, um nicht von einer europäischen "Bürokratie" oder, wie man bereits sagt "Eurokratie" erdrückt zu werden. Man weiß heute, daß der Kampf gegen die restaurativen Kräfte und für den sozialen und demokratischen Inhalt eines wirklich vereinten Europa lang und hart sein wird, aber auch erfolgversprechend ist.

Hessen wurde zur neuen Heimat

26 Prozent der hessischen Bevölkerung sind Heimatvertriebene und Flüchtlinge

Von Frank Sommer, Frankfurt

Mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Hessens, nämlich 26 Prozent, sind Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Die Eingliederung dieser 1,3 Millionen Menschen in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes stellt eine beachtliche Leistung dar, auf die die Landesregierung mit Recht stolz sein kann. Auf die Initiative des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und jetzigen Präsidenten des Bundesverbandes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch, stellte Hessen bereits im Jahre 1950 einen besonderen Hessenplan auf, mit dem die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge beschleunigt werden sollte.

Wohnung

Die dringlichste Maßnahme war dabei der Bau von Wohnungen. Von den insgesamt 950 000 Wohnungen, die es 1945 in Hessen gab, waren bei Kriegsende mehr als 170 000 zerstört. Von den in den Jahren 1949 bis 1962 mit öffentlichen Mitteln wiederaufgebauten Wohnungen erhielten Heimatvertriebene und Flüchtlinge allein 137 000. Seit 1955 investierte Hessen darüber hinaus 40 Millionen Mark in die Umwandlung der Flüchtlingslager in menschenwürdige Wohnheime.

... wirtschaftliche Eingliederung

Die zweite Stufe dieses Eingliederungsplanes war die Lösung des wirtschaftlichen Problems. Dass sie gelang, ist in erster Linie dem Fleiß, der regen Eigeninitiative und dem großen fachlichen Können der Neubürger zu verdanken. Aber erst durch die zielstrebige Unterstützung der hessischen Landesregierung (in dieser Sache vertreten durch Innenminister Heinrich Schneider) wurde sie zum beispielgebenden Erfolg. In Zuge dieser Maßnahmen wurden allein 130 000 neue Arbeitsplätze in Gebieten geschaffen, die vorher nicht zu den wirtschaftlichen Aktivräumen zählten. Die Betriebe, die auf diese Weise neu entstanden, bieten inzwischen auch vielen einheimischen Arbeitskräften Beschäftigung und helfen mit, das Pendlerwesen einzudämmen.

Land für Bauern

Am schwierigsten war jedoch die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte, die bis heute noch nicht völlig abgeschlossen ist. Der Grund dafür ist eben so einfach wie zwingend: es fehlt im dichtbesiedelten Hessen an genügendem Land, um jedem Bauern soviel Boden geben zu können, daß er sich auf der eigenen Scholle ernähren könnte. - Nach der Aufnahme von 5 000 Bauernfamilien aus Mitteldeutschland stieg die Zahl der ehemaligen Landwirte in Hessen auf insgesamt 50 000. Bisher war es möglich, davon 14 600 Bauernfamilien anzusiedeln, wobei sich allerdings 11 600 Bewerber mit einer Nebenerwerbsstelle begnügen mußten. Für diese Siedlungsmaßnahme mußten 513 Millionen Mark aufgewendet werden. Davon stammen 166 Millionen Mark aus Landesmitteln. Heute werden von den vertriebenen oder aus Mitteldeutschland geflohenen Bauern insgesamt 36 700 Hektar landwirtschaftliche Grundfläche bewirtschaftet.

Zwischenbilanz der NS-Prozesse

Zu einem aufschlußreichen Buch

Hermann Langbein, "Im Namen des deutschen Volkes"
Europa-Verlag, Wien - Köln

Bdt. - "Boger, wir kennen uns doch aus dem Bunker!" Ein Zeuge sagte das dem Hauptangeklagten im Auschwitz-Prozeß, der jetzt in Frankfurt läuft. Der Zeuge, der soeben zehn von den 22 Angeklagten identifiziert, ist der Wiener Schriftsteller Hermann Langbein, der in Auschwitz "Häftlingsschreiber" war.

Langbein, der mit dem Leben Davongekommene, hat vor wenigen Tagen ein Buch veröffentlicht, in dem er eine Zwischenbilanz der Prozesse zieht, die in der Bundesrepublik wegen nationalsozialistischer Verbrechen stattfinden. Diese erste und umfassende Zusammenstellung ist von hoher Aktualität. Langbein hätte es sich leicht machen können. Er hätte nur eine Reihe von Prozessen herauszusuchen brauchen, die mit einem unzufriedigenden Urteil endeten und dann über die Justiz in Deutschland und ihre Restbestände an Urbelehrbaren Nazis wettern können. Er hätte ebensogut verhältnismäßig strenge Urteile hervorziehen und diese als Beweis dafür anführen können, daß alles in Ordnung sei. Aber er ist nicht einseitig, weder auf die eine, noch auf die andere Weise. Am Schluß seiner Untersuchung folgert er: "Die deutsche Justiz ist tätig. Der gute Wille ist vorhanden."

Der österreichische Autor meint, eine kommende Generation werde über die Richter und deren Sprüche in diesen Verfahren urteilen. Heute tut man das schon ausserhalb der deutschen Grenzen. Von einem solchen Urteil werden nicht nur die drei Berufsrichter und die sechs Geschworenen, die in jedem einzelnen Verfahren entschieden haben, betroffen, sondern wir alle. Der Autor nennt die wirtschaftliche Entwicklung im Deutschland der Nachkriegszeit "eine wunderbare Entwicklung", vermißt aber die moralische Parallele dazu. "Selbst die schwersten materiellen Schäden lassen sich eben leichter gutmachen, als Schädigungen auf geistigen Gebiet."

Um dabei zu helfen, hat er seine Zwischenbilanz geschrieben. Eine endgültige Bilanz wird erst in zwei bis drei Jahren möglich sein. Der Verfasser hat in seinem lebhaft und spannend geschriebenen Buch die NS-Prozesse in drei Gruppen aufgeteilt: in Verfahren wegen Massenvernichtungsaktionen, wegen KZ-Verbrechen und Verfahren wegen Einzelaktionen.

Ein Anhang des aufschlußreichen Werkes bringt eine Übersicht über alle Verfahren dieser Art, die bis 1963 stattgefunden haben.